

# KRISENFEST STATT KRIEGSTÜCHTIG!

## Gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens – für eine gute, zivile Gesundheitsversorgung für alle!

In Berlin werden hinter verschlossenen Türen Pläne geschmiedet, um das Gesundheitswesen kriegstüchtig zu machen. Mitbestimmung oder Widerspruch sind dabei nicht vorgesehen. Stattdessen werden wir Gesundheitsarbeiter\*innen als menschliche Ressourcen verplant. Das hat bereits heute massive Auswirkungen auf Beschäftigte und Patient\*innen.

Im Juli 2025 stellte die Berliner Senatsverwaltung den Rahmenplan „**Zivile Verteidigung Krankenhaus**“ vor. Darin wird beschrieben, wie sich Berliner Krankenhäuser auf einen möglichen Krieg vorbereiten sollen. Die entsprechende Arbeitsgruppe gibt es bereits seit 2023 in Berlin:

Unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** treffen sich dort die Chefs von zwölf großen Krankenhäusern mit Politiker\*innen, Militärs, dem Roten Kreuz und Bestattungsunternehmen.

Durch solche **Kooperationen** wird bereits heute der Umbau des Berliner Gesundheitswesens **nach militärischen Maßstäben** vorangetrieben. Unter dem Vorwand der zivilen Katastrophenvorbereitung wird das Gesundheitswesen zunehmend in militärische Strukturen eingebunden und deren Logik untergeordnet.

**So wird die Umstellung von individueller, bedarfsgerechter Versorgung auf eine „Kriegsmedizin“ geplant. Das bedeutet: Vorrang haben dann Soldat\*innen, die wieder kriegsfähig gemacht werden sollen („kriegstüchtige Rehabilitation“), während für alle anderen nur eine Minimalversorgung vorgesehen ist. Dazu heißt es: „Wir werden nicht alle retten können.“**

**Für den "Verteidigungs- oder Spannungsfall" sind zudem massive Eingriffe in die Grundrechte geplant. Betroffen sind u. a. das Recht auf medizinische Versorgung und auf freie Arbeitsplatzwahl. Auch Gesundheitsarbeiter\*innen sollen so gezwungen werden können, Kriege zu verlängern, statt Leben zu retten.**

Um Beschäftigte in diesem Sinne auf die medizinische **Unterstützung kommender Kriege** einzuschwören, sind hochrangige Militärvertreter in Krankenhäusern und auf medizinischen Fachveranstaltungen zu Gast – trotz wiederholter **Proteste** der Beschäftigten.

Während die Ausgaben für militärische Aufrüstung explodieren und die Gesellschaft auf die Bereitschaft zum Krieg vorbereitet wird, gibt es im Gesundheits- und Sozialwesen weiter Kürzungen. In Rettungsstellen, Pflegeheimen und Kliniken verschärft sich die Unterversorgung seit Jahren. Darunter leiden Beschäftigte wie Patient\*innen.

**Schon heute sterben Menschen, weil sie nicht rechtzeitig und angemessen behandelt werden! Gleichzeitig fließen Milliarden in Waffen und Kriegsvorbereitung. Wir sagen: Schluss damit!**

Wir Gesundheitsarbeiter\*innen wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ist nur in einer demokratischen, solidarischen und friedlichen Gesellschaft möglich.

Wir sagen Nein zu Krieg, Kriegstüchtigkeit und der Militarisierung unserer Arbeit und unserer Gesellschaft!

## UNSERE FORDERUNGEN



**Stoppt die Militarisierung des Gesundheitswesens:** Wir wollen die Versorgung nach sozialen und medizinischen Bedürfnissen strukturieren, nicht nach Kriegslogik!



**Investitionen in Gesundheit statt in Aufrüstung:** Mittel für Pflege, Prävention und bessere Arbeitsbedingungen. Eine funktionierende Patient\*innenversorgung ist wichtiger als neue Kriegswaffen!



**Keine Einschränkung von Grundrechten:** Gesundheitsversorgung, freie Arbeitsplatzwahl, Streikrecht und gewerkschaftliche Organisation sind unverhandelbar! Wir lassen uns nicht verheizen!



**Keine Hinterzimmerpolitik:** Die Zukunft unseres Gesundheitswesens darf nicht von Militärs, Politik und Chefetage hinter verschlossenen Türen entschieden werden!

## KRISENFEST STATT KRIEGSTÜCHTIG!



**Berliner Bündnis gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens**

ViSdP: Amelie Strauber, Kastanienallee 26, 10119 Berlin

